

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	381
		TOP:	2
Verhandlung		Drucksache:	430/2021
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	23.11.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Schmidt / ba		
Betreff:	Offener städtebaulicher Ideenwettbewerb "Weissenhof 2027" gemäß § 3 (2) RPW 2013 - Einbringung -		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 28.10.2021, GRDRs 430/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Durchführung eines offenen städtebaulichen Ideenwettbewerbs zur Entwicklung einer Konzeption für die Umgestaltung/Aufwertung des Bereichs Am Weißenhof/Kunstakademie in Stuttgart-Nord mit Kosten in Höhe von ca. 405.000 EUR wird zugestimmt. Der Ideenwettbewerb wird von der Stadt Stuttgart gemeinsam mit dem Land Baden-Württemberg in Kooperation mit der IBA'27 GmbH ausgeschrieben. Das Land Baden-Württemberg, Landesvertrieb Vermögen und Bau beteiligt sich hälftig an den Kosten.
2. Der Aufwand für die Durchführung des Ideenwettbewerbs in Höhe von ca. 405.000 EUR wird im Teilergebnishaushalt 2021 THH 610 - Amt für Stadtplanung und Wohnen, Amtsbereich 6107010 Stadtplanung, Kontengruppe 42510 Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gedeckt. Vom Land Baden-Württemberg, Landesvertrieb Vermögen und Bau erfolgt als zweitem Auslober eine Kostenerstattung von ca. 202.500 EUR.
3. Der Durchführung eines hochbaulichen Realisierungswettbewerbs für das Besucher- und Informationszentrum Am Weißenhof 1/1 nach Vorliegen des Ergebnis-

ses des städtebaulichen Ideenwettbewerbs mit Wettbewerbskosten in Höhe von ca. 300.000 EUR wird zugestimmt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die als Basis der Diskussion dienende Auflistung zur Jury des Ideenwettbewerbs ist diesem Protokoll als Dateianhang beigelegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

StR Kletzin nimmt wegen Befangenheit im Sinne von § 18 GemO an der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Kernthema des Tagesordnungspunktes sei die Besetzung des Preisgerichtes, hält BM Thürnau eingangs fest. Wie bereits bei TOP 1 (NNr. 380) ersichtlich, werde die fehlende gemeinderätliche Beteiligung moniert. Zudem sei die Beteiligung der Bezirksvorsteherin sowie der "Freunde des Weissenhofes" vorgeschlagen worden. Der Vorsitzende gibt zu bedenken, bei einer Besetzung des Gremiums in bekannter Art und Weise müsse eventuell auch das Land beteiligt werden. An die Ausschussmitglieder richtet er daher die Frage, ob diese sich eine „klassische“, nach Proporz aufgeteilte Beteiligung vorstellen oder als "schmale Variante" 1 - 2 Einzelvertreter aus der Mitte des Gemeinderats entsenden wollten.

Vor seine Ausführungen aus der Sicht des Landes Baden-Württemberg stellt Herr Prof. Fischer (Ministerium für Finanzen) seine Glückwünsche an die Stadt Stuttgart zum Gewinn zweier Hugo-Häring-Preise 2021. Des Weiteren richtet er den Blick auf die Auslobung des Ideenwettbewerbs, der gemeinsam von Stadt und Land ausgerufen werde. Dies sei sehr erfreulich, denn beide Seiten könnten daraus einen Win-Effekt ziehen, wenn gemeinsam agiert werde. Rund 50 % der Flächen seien Landesflächen, auf denen die Akademie der Künste angesiedelt sei. Er betont, der Gemeinderat sei in diesem partnerschaftlichen Prozess nicht vergessen oder "ausgeblendet" worden. Stattdessen werde bewusst über ein "big picture" und nicht über einen klassischen Wettbewerb gesprochen. Nach dem Auftakt sei ein großer öffentlicher Diskurs und selbstverständlich ein Diskurs mit den Entscheidungsträgern vorgesehen. Abschließend weist er darauf hin, im Preisgericht seien bisher auch keine Landesvertreter enthalten.

StRin Schiener (90/GRÜNE) erklärt, der Gemeinderat wünsche einstimmig eine Beteiligung an der Wettbewerbsjury. Sie erwarte für die Beschlussfassung einen Vorschlag der Verwaltung, wie dies bewerkstelligt werden könne. Mit einer "guten, schmalen Variante" könne sie sich einverstanden erklären.

Mit der Begründung von Herrn Prof. Fischer ist StR Kotz (CDU) nicht einverstanden und sie dürfe auf keinen Fall als Blaupause für die Oper herangezogen werden. Selbst wenn "groß" gedacht werde, dürfe Stadtentwicklung nicht aus der Hand gegeben werden. Denkbar sei für ihn die Entsendung von jeweils einem Vertreter aus den vier größten Gemeinderatsfraktionen.

Zustimmung zu einer reduzierten Variante signalisiert auch StR Körner (SPD), der dann den Blick auf die lokalen Expert*innen für gesellschaftliche und kulturelle Belange rich-

tet, die aus seiner Sicht nicht "lokal" seien. So vermisse er beispielsweise die Gemeinde der Brenzkirche, die sehr aktiv sei in dieser Thematik. Lediglich der Vorsitzende der Evangelischen Gesamtkirchengemeinde Stuttgart sei bei den Sachverständigen Berater*innen vertreten. Zur Lösungsfindung schlägt er vor, vom Ideenwettbewerb zum Realisierungswettbewerb die Handlungsoptionen zu erweitern (Beschlussziffer 3) oder bei den Stimmrechten zu "jonglieren".

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) kann sich eine "schlanke Variante" vorstellen. Er erinnert an das gelungene Verfahren beim Eiermann-Campus, das durch mehrere Schritte gekennzeichnet gewesen sei. So habe es zwischen den beiden Jury-Sitzungen eine Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben. Er betont den Unterschied zwischen ehrenamtlich gewählten Stadträt*innen und Politiker*innen im Landtag und plädiert für eine umfängliche Beteiligung im bereits benannten Zwischenschritt.

Dem Vorschlag von StRin Schiener und StR Kotz zu einer kleinen Beteiligungsrunde kann sich StR Serwani (FDP) anschließen. Er bitte jedoch dringend darum, die Bezirksvorsteherin für den Bezirk Nord zumindest als sachverständige Beraterin aufzunehmen.

StRin Köngeter (PULS) zeigt sich mit zwei Vertreter*innen aus den größeren Fraktionen einverstanden. Das Gremium dürfe nicht unnötig aufgeblasen werde, da es sonst komplizierter werde. Des Weiteren spricht sie sich für eine Beteiligung der Bezirksvorsteherin für Nord sowie der Freunde der Weissenhofsiedlung aus.

Der Gemeinderat sollte vertreten sein, so StR Schrade (FW). Der Einschätzung von StR Körner zu den lokalen Vertretern könne er sich anschließen.

StR Goller (AfD) ist ebenfalls mit 1 - 2 Teilnehmern aus der Mitte des Gemeinderates einverstanden.

Der Vorsitzende sagt zu, zur Beschlussfassung einen Vorschlag zur Jurybesetzung mit Mitgliedern des Gemeinderates und fachkompetenten Personen vor Ort vorzulegen. Er gehe von einer finalen Besetzung von 35 - 37 Personen aus.

Herr Prof. Fischer betont, die sachverständigen Berater*innen seien Teil des Preisgerichtes. Die Wettbewerbsarithmetik mache sich an der Frage der Stimmrechte fest. Die Richtlinien für Planungswettbewerbe legten fest, dass zwischen Fachpreisrichtern und Sachpreisrichtern stets eine Person Unterschied sein müsse. Wenn die Zahl der Sachpreisrichter erhöht werde, müsse dies somit auch bei den Fachpreisrichtern geschehen.

Für StR Kotz bedeutet eine Änderung bei den Sachpreisrichtern nicht unbedingt eine Vergrößerung des Preisgerichtes; es könnten stattdessen auch aktuell aufgeführte Personen ersetzt werden. Seine Fraktion sei kein Freund von zu großen Gremien.

StR Pantisano schlägt vor, Personen aus der Sachjury zur Fachjury zu "verschieben", wodurch etwas Platz geschaffen werde.

BM Thürnaeu kündigt eine aktualisierte Liste rechtzeitig vor den Beratungen zur Beschlussfassung an.

Herr Hofer (Intendant IBA) erklärt, bei den Anfragen ständen noch einige Rückmeldungen aus, wodurch sich noch Änderungen ergeben könnten. Falls die Jurysitzungen geteilt würden, könne er sich dazwischen eine öffentliche Beteiligung vorstellen. In diesem Verfahren werde die Öffentlichkeit unbedingt gesucht.

BM Thürnau stellt fest:

Die GRDRs 430/2021 ist mit der Maßgabe einggebracht, für die Beschlussfassung am 30.11.2021 im STA einen Vorschlag zur Besetzung des Preisgerichts vorzulegen. Die aktualisierte Liste wird im Vorfeld zugesandt.

Zur Beurkundung

Schmidt / ba

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
Baurechtsamt (2)
weg. STA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
Kulturamt (2)
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat T
Tiefbauamt (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion